

## PRAXIS DER ERWACHSENENBILDUNG

### Durch Diskussionen zur Klärung

Die Frage, welche Aufgaben der Mensch im Zeitalter der Technik hat und welche Ordnungen geschaffen werden müssen, um Freiheit und Würde des Menschen zu sichern, steht im Mittelpunkt der Wochenendlehrgänge des DGB, Ortsausschuß *Lübeck*, im Winterhalbjahr 1959/60.

Die Arbeit begann mit einem Wochenendlehrgang mit dem Thema: „Der Mensch in der Gegenwart“, mit Dr. *Thiemann*, Hamburg, als Referenten.

Dr. *Thiemann*, der sich zu dem im 19. Jahrhundert weit verbreiteten Fortschrittsglauben bekannte, vertrat die Auffassung, daß sich der Mensch als „Glied im Werden“ begreifen und seine Aufgabe darin sehen müsse, seine Kräfte und Fähigkeiten zu entfalten; dann werde das Leben für ihn sinnvoll sein. Da der Mensch aber nicht nur ein Individuum, sondern zugleich ein Gemeinschaftswesen sei, müsse er auch an seinen Mitmenschen denken; keine andere Tätigkeit werde ihn innerlich so bereichern, wie das Eintreten für den Nächsten. So könne der Weg zu einem freieren, gerechte-

ren und schöneren Menschentum beschriften werden. In der Diskussion wurde u. a. die Frage gestellt, ob der Mensch von der Gewalt, die er heute besitze, den rechten Gebrauch machen werde und ob der Appell an den Menschen, sich im Sinne der Entwicklung zu entfalten, genüge, oder ob nicht, was der Referent zugestehen mußte, das Bemühen um den einzelnen Menschen Hand in Hand gehen müsse mit dem gemeinsamen Bemühen um die Schaffung einer menschenwürdigen Ordnung.

Welche Hilfen der freiheitliche Sozialismus, die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik den Menschen zu bieten haben und welche Ordnungsvorstellungen sie besitzen, um die Würde des Menschen im Zeitalter der Technik zu sichern, sollte dann in einem *Podiumgespräch* deutlich werden.

Senatschrektor *Heine*, der über die sozialistischen Ordnungsvorstellungen sprach und das Godesberger Programm der SPD erläuterte, wies einleitend darauf hin, daß die SPD keine Weltanschauungspartei und keine Ersatzreligion sei. Obwohl 90 Prozent der Parteimitglieder einer Kirche angehören, habe die SPD — übrigens ebenso wenig die CDU — nicht das Recht, sich christlich zu nennen. Während die Religion den ganzen Menschen erfasse, vereine eine Partei Menschen verschiedener Auffassungen zur Verwirklichung bestimmter Ziele in der Gegenwart. Grundlagen des po-

litischen Handelns der SPD seien die Weite der Freiheit und Gerechtigkeit, der Würde des Menschen, der Solidarität und der Duldsamkeit. Die Demokratie müsse die allgemeine Staats- und Lebensform werden. Der Sozialismus könne nur durch die Demokratie verwirklicht werden, und die Demokratie werde erst durch den Sozialismus erfüllt. Er ging dann besonders auf die im neuen Grundsatzzprogramm der SPD behandelten wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen ein, die den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindern sollen und eine gerechtere Verteilung des Einkommens und des Vermögens zum Ziele haben. Er behandelte weiter die Pflichten des Staates gegenüber der Familie und die Bedeutung der Bildungsaufgabe. Der Mensch müsse einen größeren Anteil am Erfolg der Wirtschaft erhalten, er müsse durch größere Vorsorge des Staates eine bessere Sicherheit bei Krankheit und im Alter erlangen und schließlich mehr Zeit haben, die er verwenden sollte, um sich zu einer selbstverantwortlichen Persönlichkeit zu entfalten, die das eigene Schicksal und die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in die Hand nehmen könne.

Pater Dr. *Josef Schäfer* ging bei der Behandlung der katholischen Soziallehre von der Feststellung aus, daß der Mensch in Gefahr sei, ein willenloses Objekt zu werden. Eine Tendenz zum Kollektivismus sei unverkennbar. Hier biete die katholische Kirche ihre Hilfe an. Grundsätze der katholischen Soziallehre seien in den päpstlichen Enzykliken enthalten. Er wolle seine Ausführungen in der Hauptsache auf eine Rundfunkansprache des Papstes aus dem Jahre 1942 stützen. Hier habe der Papst die Wahrung, Vervollkommnung und Förderung der menschlichen Persönlichkeit sowie die Grundforderungen des Gemeinschaftslebens herausgestellt. Das Gemeinschaftsleben müsse der Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit dienen. Die katholische Soziallehre weise der einzelnen Persönlichkeit einen festen und würdigen Platz in der Gemeinschaft an. Das staatliche und wirtschaftliche Geschehen sollte der dauernden Verwirklichung des Gemeinwohls dienen. Die Rechtsordnung müsse das persönliche und sittliche Leben fördern, das Recht auf eheliches und häusliches Gemeinschaftsleben garantieren, das Recht auf Arbeit sowie auf Nutzung der materiellen Güter sichern, soweit diese Nutzung sich der Pflicht gegenüber der Gemeinschaft bewußt bleibt. Die katholische Soziallehre fordere neben der Sicherung eines gerechten Lohnes eine Sozialordnung, welche allen Schichten des Volkes die Bildung eines dauerhaften Privateigentums ermögliche. Die Schule sollte, wo es durchführbar ist, eine Bekenntnisschule sein. Der Staat dürfe keine Allmacht sein; er müsse vielmehr als ein auf der sittlichen Wertordnung beruhender Organismus begriffen werden, dessen Aufgabe es sei, die Verbindung

und die Zusammenarbeit der einzelnen Glieder des Volkes zu fördern. Die Bewegungsfreiheit dürfe nur dort eingeschränkt werden, wo es im Interesse des Gemeinwohls erforderlich ist. Der Mensch müsse sich weiterbilden und in der Freizeit seinem Wesen entsprechend betätigen können.

Stärker als bei einer solchen sozial-philosophischen Betrachtung erglänze die Würde der menschlichen Persönlichkeit aber, wenn man sie im Glaubensgeist betrachte, jeder Mensch sei dann ein Geschöpf Gottes, er wisse, daß zur ganzen Wirklichkeit nicht nur das vergängliche, sondern auch das unvergängliche Leben gehöre. Gott sei das letzte Ziel des Menschen. Auf ihn hin sei er wesensmäßig zugeordnet. Das gelte auch von der Gesellschaft, vom öffentlichen Leben, von der Kultur, Wirtschaft und Politik. Wer die Gesellschaft erneuern wolle, müsse ein richtiges Urteil über die Menschen haben. Die katholische Soziallehre rechne mit der ganzen Wirklichkeit, nicht nur mit dem Diesseits. So unterscheide sie sich von denen, die die Ewigkeit in ihre Betrachtung nicht einschließen.

Sozialpastor *Georg Schmidt*, der über die evangelische Sozialethik sprach, erklärte einleitend, daß auch die evangelische Kirche drei Grundordnungen kenne: die Familie, in der sich das Leben abspiele, den Staat, in dem das irdische Leben in irgend einer Weise geordnet werde, und die Kirche, die von dem Wesen des Menschen, von der ganzen Wirklichkeit des Lebens handle. Entscheidend sei aber, daß alle Ordnungen wieder Unordnungen würden, wenn der Mensch sie nicht einhalte. Wenn man dem Menschen helfen wolle, müsse man ihn als gebrochene Existenz sehen. Die Menschen möchten freie Persönlichkeiten sein, und die Kirche sage ja dazu. Der Mensch sei aber auch ein Glied der Gesellschaft. Daraus ergeben sich immer wieder Konflikte, durch die der Mensch in eine Einsamkeit geraten und den Sinn des Lebens verlieren könne.

Wie könne man in dieser Situation dem Menschen helfen? Was lehre die Kirche über den Menschen? Sie sage dem Menschen, daß er ein Geschöpf Gottes sei. Christus habe ja gesagt zu ihm, trotz aller seiner Schwächen. Wer an Christus und seine Verheißung glaube, sehe in seinem Nächsten seinen Bruder. Er fühle sich als Glied der Gemeinschaft. Sein Leben bekomme durch den von Gott erhaltenen Auftrag einen Sinn. Er sei nicht mehr allein, sondern für den Bruder da. „Einer trage des anderen Last.“ Die Verheißung über das ewige Leben lasse die im irdischen Leben auftretenden Konflikte und Nöte zurücktreten und gebe ihm die Fähigkeit, geduldig zu sein, Leiden zu ertragen und Fehler der anderen zu vergeben. Er werde elastischer und behalte eine offene Tür zum Bruder. Ein Christ könne sich zu verschiedenen Parteien und Programmen bekennen und an der Ordnung der gesell-

schaftlichen Verhältnisse mitwirken. Er sei aber gefeit vor der Illusion, seine Partei oder der Staat seien das Heil der Welt. Er werde im Staat nicht mehr sehen, als einen Organismus, der das Leben von heute und morgen zu regeln habe. In der Kirche sei der Ort, wo der seelische Ballast aus dem Wege geräumt werden und wo man neu miteinander anfangen könne.

Wenn die Menschen ihre Freiheit nur so verstehen, daß sie ihr Leben ordnen, aber nicht auf den Bruder hören wollen, dann nütze das schönste Programm nichts und die soziale Gesellschaft werde nicht verwirklicht werden können. Wenn wir aber den Weg zum Bruder finden, uns an einen Tisch mit ihm setzen und auf ihn hören, ist schon viel gewonnen.

In einer sehr lebendigen *Diskussion* beantwortete Heine, der sich als evangelischer Christ bekennt, die Frage, ob ein Ordnungsbild nicht mehr sein müsse als eine Regelung der aktuellen Verhältnisse, mit der Gegenfrage, ob die erreichten sozialen Fortschritte dem Appell an den Bruder und dessen Einsicht oder dem Kampf der organisierten Arbeitnehmer zu verdanken seien. Der von einem anderen Diskussionsredner vertretenen Auffassung, daß sich die CDU mit Recht eine „christliche Partei“ nennen könne, wurde entgegengehalten, daß man nicht von einer christlichen Partei, sondern nur von Christen in der Partei sprechen könne, da die Religion über das hinausgehe, was einer Partei im politischen Raum zu regeln aufgegeben sei. Auf die Frage, warum man nicht auch Vertreter anderer Parteien als Gesprächspartner hinzugezogen habe, erwiderte der Gesprächsleiter, daß zur Vermeidung eines zu großen Kreises für die Gewerkschaften vor allem die Ordnungsvorstellungen der beiden großen Parteien von Bedeutung seien; da die CDU ihre Politik nach christlichen Grundsätzen bestimmen wolle und katholische und evangelische Christen vereine, habe man durch die Behandlung der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik mehr als durch einen einzigen CDU-Politiker erreichen wollen. Außerdem, so wurde weiter argumentiert, bekenne sich die CDU nicht mehr zu ihrem Ahlener Programm, ohne bisher ein neues Grundsatzprogramm beschlossen zu haben.

Pater Dr. *Schäfer* vertrat auf die Frage, ob nicht in einer Gemeinschaftsschule besser als in der Bekenntnisschule der junge Mensch auf das Zusammenleben mit Andersdenkenden in der Gesellschaft vorbereitet und zur Toleranz erzogen werden könne, die Ansicht, daß in der öffentlichen Schule die Gefahr bestehe, daß die Erziehung der Eltern, die ihr Kind zum Katholizismus erzogen haben, beeinträchtigt werde, und daß gerade in der Bekenntnisschule die Kinder zur Toleranz erzogen werden könnten. Demgegenüber war ein weiterer Diskussionsredner der Meinung, daß die rö-

misch-katholische Kirche einen Absolutheitsanspruch stelle, der letzten Endes Toleranz ausschließe. Weiter wurde u. a. gefragt, worauf es zurückzuführen sei, daß gerade in Ländern, in denen, wie in Spanien, Italien und Lateinamerika die katholische Kirche einen großen Einfluß habe, trotz päpstlicher Ermahnungen menschliche Unfreiheit und große Not herrsche, und warum die Arbeiterpriester in Paris, die sich für den sozialen Fortschritt eingesetzt hätten, nicht mehr tätig sein dürfen. Pater Dr. *Schäfer* erwiderte, daß zur Beseitigung sozialer Mißstände Macht gehöre. Die Kirche könne zwar Prinzipien aufstellen und zu einem sozialen Verhalten aufrufen, man könne mit Rundschreiben aber keine sozialen Mißstände beseitigen.

Sozialpastor *Schmidt* betonte, man habe den Willen, aus der Vergangenheit zu lernen. Zwischen der evangelischen Kirche und den Gewerkschaften bestehe ein gutes Einvernehmen. Beide seien gewillt, einen gemeinsamen Weg zu suchen. Die Kirche könne helfen, den Weg abzukürzen, da sie auch die Arbeitgeber ermahne, den Bruder zu sehen. Die Kirche wolle sich nicht mit dem Trost auf das ewige Leben begnügen, sondern auch das irdische Leben so ordnen helfen, daß man menschenwürdig leben könne und daß das Leben weitergehe, weil Gott es so wolle.

Senatschrektor *Heine* wies darauf hin, daß es ein hohes Verdienst der Kirche war, festgestellt zu haben, daß vor Gott alle Menschen gleich sind. Die Sklaverei und die Leibeigenschaft hätten aber erst durch *politische* Wirksamkeit abgeschafft werden können. Er dankte dem DGB für die Durchführung des Gesprächs und den Kirchenvertretern für ihre Teilnahme. Das zwischen Sozialisten und der Kirche Jahrzehnte beherrschende tragische Verhältnis sei vorbei; beide hätten das Ziel, dem leidenden Menschen zu helfen, und hier begegneten sie sich. Die Sozialisten möchten die Überwindung des Leides nicht allein vom caritativen Tun erwarten, sondern die Gesellschaft und den Staat so ordnen, daß jeder Mensch auf ein menschenwürdiges Leben einen Anspruch hat.

In seinem Schlußwort dankte Bildungssekretär *Herbert Josch* den Gesprächspartnern, Diskussionsrednern und Teilnehmern des interessanten Podiumsgesprächs. Aus dem von Heine zum Schluß erwähnten Beispiel über die Beseitigung der Sklaverei sollten die Gewerkschafter die Erkenntnis gewinnen, daß sie als Christen in ihrer Kirche zur Verbreitung und Fortentwicklung der Ordnungsvorstellungen beitragen und für deren Verwirklichung in Parteien und Gewerkschaften mitarbeiten müßten, wenn sie dem Menschen und dem sozialen Fortschritt dienen wollen. Die heutigen Probleme seien nicht mehr vom einzelnen und nicht von einzelnen Gruppen zu lösen. Wenn sich aber Arbeiter, Angestellte und Beamte in den DGB-Gewerkschaften in unteilbarer So-

## PRAXIS DER ERWACHSENENBILDUNG

lidarität miteinander darum bemühen, dann werde ihnen der Erfolg nicht versagt bleiben. In einem weiteren Wochenendlehrgang wurde von dem Vorsitzenden des DGB-Landesbezirk Nordmark, *Wilhelm Walter*, die Frage behandelt, wie diese Ordnungsvorstellungen realisiert werden können und welche konkreten Forderungen und Aufgaben sich für die Gewerkschaften im Zeitalter der Technik ergeben. Da zu deren Verwirklichung zunächst die Öffentlichkeit gewonnen werden muß und darüber hinaus genügend verantwortungsbewußte und zur Mitarbeit bereite Gewerkschafter herangebildet werden müssen, wird in den folgenden Lehrgängen über die öffentliche Meinungsbildung (Referent: *Karl-Heinz Briam*, Hannover) und über den Bildungsauftrag der

Gewerkschaften (Referent: der Leiter der DGB-Bundesschule Hamburg-Hochkamp, *Horst Modell*) gesprochen. Die Wochenendlehrgänge des Winterhalbjahres werden dann mit dem Thema „Die internationale Zusammenarbeit der freien Gewerkschaften und ihre Auswirkungen auf den arbeitenden Menschen“ (Referent Kollege *Wedel*, Düsseldorf) abgeschlossen, um aus der Erkenntnis, daß bei der engen Verflechtung der Volkswirtschaften nicht auf die Dauer einzelne Völker in Wohlstand und Sicherheit leben können, wenn andere Völker Not leiden müssen, die Verpflichtung der freien Gewerkschaften gegenüber den unterentwickelten Ländern bewußt zu machen.

*Herbert Josch*